

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteht Sonntags.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal inkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro biergehaltene Zeile 60 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Verleihen-
anzeigen 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 40.

Berlin, den 28. September 1913.

29. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Nach Inkrafttreten des neuen Statuts ist es arbeitslosen, franken und invaliden Mitgliedern nicht mehr gestattet, für die in Betracht kommende Zeit Beiträge zu entrichten.

Die Verwaltungen der Zahlstellen und Gaue ersuchen wir, dahin wirken zu wollen, daß die Verbandsleiter, Unter- und Werkstufenkassierer bei der Entgegennahme von Beiträgen eine dementsprechende Kontrolle ausüben.

2. In der Woche vom 21. bis 27. September kommen letztmals die bisher im Gebrauch befindlichen Beitragsmarken zur Ausgabe. Für alle vom 28. September ab gezahlten Beiträge sind ausnahmslos nur neue Marken zu kleben, und zwar auch für die an diesem Tage vorhandenen Restmarken.

Da in der Abrechnung des dritten Quartals nur die bis zum 27. September ausgegebenen alten Marken zur Verrechnung gebracht werden dürfen, kann die Fertigstellung und Einsendung der Quartalsabrechnung sofort erfolgen. In keinem Falle ist es zulässig, daß neue Beitragsmarken mit in der Abrechnung des dritten Quartals zur Verrechnung gebracht werden.

3. Die Mitglieder der seitherigen dritten Beitragsklasse, die Invalidenbeiträge zahlten, ersuchen wir, ihre Beitragsarten umgehend an die für sie in Frage kommende Orts- oder Gauverwaltung abzugeben und dafür eine entsprechende Bescheinigung über die geleisteten Invalidenbeiträge in Empfang zu nehmen. Von der 40. Woche ab haben diese Mitglieder Beitragsarten der 4. Klasse à 65 Pf. zu kleben.

4. Mitglieder, welche im Laufe der kommenden Wochen vom Militärdienst entlassen werden, wolle man darauf aufmerksam machen, daß sie in ihre alten Rechte wieder eintreten können, wenn sie sich vor ihrem Eintritt zum Militär durch Einsendung des Verbandsbuches abgemeldet haben und sich nach der Entlassung sofort wieder beim Unterzeichneten anmelden.

5. Diejenigen Mitglieder, welche im Herbst dieses Jahres zum Militärdienst einberufen werden, sind verpflichtet, sich nicht nur bei der Stelle abzumelden, wohin sie ihre Beiträge abgeführt haben, sondern sie müssen ihr Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand zur Abmeldung und Aufbewahrung einsenden.

6. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gaue sowie an die Kassierer der Zahlstellen verandt worden. Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 27. September in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten

darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 30. September erfolgen und sind die Karten dann sofort an uns einzusenden. Berichtskarten, die nicht spätestens am 10. Oktober bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwandt werden.

7. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden:

Nr. 3540	ausgestellt für	Ermit Niedler.
" 22 069	" "	Paul Döbbling.
" 27 272	" "	Emilie Neumann
" 38 572	" "	Sophie Hülsdorf.
" 39 844	" "	Bertrud Feilcher.
" 40 534	" "	Emil Sause.
" 42 737	" "	Elisabeth Roth.
" 43 939	" "	Janaß Klamm.
" 50 087	" "	Adolf Ziegelbach.
" 52 756	" "	Bertrud Klamm.
" 63 952	" "	Georg Kästner.
" 66 372	" "	Paul Rodzick.
" 79 333	" "	Sedwig Sperling.
" 80 005	" "	Frida Griefe.
" 109 046	" "	Anna Niedner.
" 116 776	" "	Max Spanner.
" 116 818	" "	Anna Straßner.

Der Verbandsvorstand.

Arbeitslosigkeitsfragen.

II.

Alljährlich im Winter und ganz besonders in Krisenjahren werden in einer Anzahl von Städten zur Vinderung der dann besonders empfindlichen Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten bereitgestellt. Diese Maßnahmen sind ihrer ganzen Natur nach (Steine klopfen, Holz zerleimern, Erdarbeiten) nur für einen recht beschränkten Personenkreis zugeschnitten. In der Hauptsache profitieren davon ungelernete, an die Arbeit im Freien gewöhnte Arbeiter. Von der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde darum die Frage studiert, inwieweit es möglich wäre, durch systematische Verteilung der öffentlichen Arbeiten die Arbeitslosigkeit in den Depressionsperioden auch für gelernte Berufsarbeiter zu mildern. Jetzt werden diese Arbeiten, sobald ihre Ausführung beschlossen ist, ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt in Angriff genommen. Ist die Produktion in flottem Gange und die Nachfrage nach Arbeit gering, so wird sehr leicht, da es sich meist um große Aufträge mit kurzer Lieferfrist handelt, das Produktionsstempo, das an sich in der Hochkonjunktur einen sehr raschen Gang hat, übermäßig verschärft. Der Mangel an Arbeitskräften wird durch Ueberstunden und Nachschichten ausgeglichen. Die Arbeitskräfte werden unmäßig ausgenutzt. Wenn dann der Winter herannäht oder die in jedem Jahre jedes Jahr einmal erscheinende flauere Zeit, dann tritt ein empfindlicher Ansturz ein und er wird desto heftiger, je größer das Hochtempo zuvor gewesen ist; die Arbeitskräfte werden brachgelegt, der Verdienst hört auf, die Not ist da.

Dabei wissen wir, daß eine gar nicht so unerhebliche Summe öffentlicher Arbeiten und Lieferungen genügend Effizienz besitzen, um auf spätere Termine verschoben werden zu können. Wir haben in Deutschland alljährlich für 5—6 Milliarden öffentliche Aufträge zu vergeben. Wenn davon nur etwa 5 Proz. regelmäßig zu einer Einwirkung auf den Arbeitsmarkt in erwünschter Sinne benutzt würden, so wären das 250 bis 300 Millionen Mark. Damit könnte namentlich im Baugewerbe und für die gelernten Berufsarbeiter, wie Schlosser, Tischler, Klempner, Maler, Maurer, Fußer, Zimmerer, Glaser, Installateure usw., recht viel Nutzen gestiftet werden. Auch für die Arbeiter anderer Berufe würde durch die allgemeine Entlastung des Arbeitsmarktes die Depression fühlbar erleichtert werden.

Der Berichterstatter über diesen Gegenstand, Dr. Treub-Amsterdam, war auf der Konferenz der Internationalen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Gent nicht anwesend, weil er unmittelbar vordem zum Arbeitsminister für Holland ernannt worden war. Er hatte aber die Forderungen, zu denen er aus dem Studium des Materials aus den verschiedenen Ländern gekommen war, zu folgenden Vereinigen zusammengefaßt; und der Konferenz vorgelegt:

A) Verteilung der öffentlichen Arbeiten in der Zeit.

1. Die Verwaltungsbehörden mögen bei der Vorbereitung von zu vergebenden öffentlichen Arbeiten oder Lieferungen

- die Frage ernstlich in Erwägung ziehen, ob nicht diese Arbeiten oder Lieferungen auf die tote Saison des betreffenden Jahres oder auf eine mehr oder minder entfernte wirtschaftliche Krisen- bzw. Depressionsperiode verlegt werden könnten;
- soweit als möglich, namentlich aber soweit dem technischen Gründe nicht entgegenstehen, die nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen für die stillen Zeiten des betreffenden Jahres oder für Krisen- bzw. Depressionsperioden vorbehalten;
- im voraus Projekte nicht dringlicher Arbeiten und Lieferungen für eine nicht zu sehr beschränkte Anzahl von Jahren ausarbeiten und den kompetenten Vertretungskörpern unterbreiten, damit diese Lieferungen für die Jahre, in denen eine wirtschaftliche Krise im Anzuge ist, vorbehalten bleiben.

2. Die Finanzgesetze mögen hinreichend weitherzig gehalten sein, um den Verwaltungsbehörden zu gestatten, Reservelohns für die Ausführung von nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen in Krisen- und Depressionsjahren anzulegen.

3. In jedem Lande möge ein ständiges Amt geschaffen werden mit dem Auftrage, die Anzeichen kommender wirtschaftlicher Depressionen oder Krisen zu beobachten, die Ergebnisse seiner Beobachtungen periodisch zu veröffentlichen und den Verwaltungsbehörden Gutachten zu erteilen über den geeigneten Zeitpunkt der Inangriffnahme der für Krisen- oder Depressionsjahre in Bereitschaft gehaltenen Arbeiten oder Lieferungen.

4. Die Verwaltungsbehörden mögen insbesondere folgende öffentliche Arbeiten ins Auge fassen: Trockenlegung von Mooren, Urbarmachung von Heiden, Forstarbeiten, Verbesserung der Verkehrsmittel in mehr oder minder zurückgebliebenen Gegenden sowie überhaupt Arbeiten, die geeignet sind, die Produktionskräfte und die ständige Nachfrage nach Arbeitern zu vermehren, wobei diese Arbeiten für Zeiten aufzusparen wären, wo es sonst an Erdarbeiten mangelt.

B) Verteilung der zu vergebenden Arbeiten unter die einzelnen Gewerbe.
Die Verwaltungsbehörden mögen die zu verteilenden Arbeiten, soweit dies technisch zulässig ist, versuchs-

weise unter die betreffenden Gewerbe verteilen, und zwar unter Anwendung dieses Systems nicht nur auf die laufenden Instandhaltungs-, sondern auch auf die neu vorzunehmenden Arbeiten.

Wir sind uns klar, daß das zunächst nur Worte sind. Aber sie sind zugleich eine Richtlinie für eine neue praktische und nützliche Arbeitsmarktpolitik. Besonders neugierig darf man sein, in welchem Umfange Holland, dessen neuer Arbeitsminister der Verfasser dieser Zeitsäße ist, diese Anregungen in die Praxis umsetzen wird.

Die wichtigste Frage der Konferenz war naturgemäß die Frage der Arbeitslosenversicherung. Der Referent dazu, Herr Juxter in Paris, erörterte in einer eingehenden Rede die Verhältnisse und Einrichtungen der verschiedenen Länder zum Schutz der Arbeitslosen, und er kam zu dem Schluss, daß es heute noch nicht möglich sei, eine bestimmte Richtschnur für die Art der Organisation der Arbeitslosenversicherung festzulegen. Die Frage sei zu neu und die Erfahrungen seien noch in keinem Lande sicher genug, um eines der jetzt angewandten Systeme zu empfehlen. Jedoch sei jetzt schon zu erkennen, daß in den weitesten Kreisen die Ueberzeugung besteht, daß die Arbeitslosenversicherung eine obligatorische öffentlich-rechtliche sein müsse. Die Einrichtung müsse von den öffentlichen Gewalten geschaffen und ihnen auch neben den Arbeitern und Unternehmern ein Teil der Lasten auferlegt werden. Eine der ersten Voraussetzungen sei, daß der öffentliche Arbeitsnachweis großzügig organisiert werde. Herr Juxter konzentrierte die Resultate seines Studiums in folgenden Sätzen:

I. Aus den Feststellungen, welche die Berichtserfasser auf Grund der in Großbritannien und anderwärts gemachten Erfahrungen getroffen haben, darf man vielleicht darauf schließen, daß sich die Ansichten in folgender Richtung bewegen:

1. auf die Zwangsversicherung, wenigstens für gewisse Berufe, und auf eine Ergänzung der Zwangsversicherung durch die Förderung der freiwilligen Versicherung;
2. auf die Ueberzeugung, daß die Wiederbeschaffung von Arbeit die vornehmste Leistung der Arbeitslosenversicherung und die Organisation des Arbeitsnachweises die Vorbedingung der Versicherung sei;
3. auf eine Organisation, die soweit als möglich die Mitwirkung der Berufsvereinigungen mit sich bringt.

II. Nur ist man noch nicht völlig im Klaren über das beste dieser Versicherung zugrunde zu legende Finanzsystem, zumal die englischen Erfahrungen noch zu neu sind und in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen haben, die zu außerordentlich ist, als daß man sich schon jetzt über die finanziellen Rückwirkungen auslassen könnte.

Aus der Diskussion darüber sind besonders zwei deutsche Äußerungen herauszuheben. Dr. Zacher, der Vertreter des Reichsstatistischen Amtes, sagte, daß er schon vor zwanzig Jahren den Vorschlag gemacht habe, die Arbeitslosenversicherung auf dem Wege zu lösen, daß man die Opfer der wirtschaftlichen Depression, die „unverschuldet“ Arbeitslosen der Unfallversicherung überweist (wirtschaftlicher Unfall) und die aus persönlichen Gründen (eigene Kündigung und infolge von Kampf) arbeitslos gewordenen den Gewerkschaften überläßt. Dieser Vorschlag wäre akzeptabel, wenn nicht die Berufsgenossenschaften einseitig von den Unternehmern verwaltet und geleitete Einrichtungen wären. Genosse Humbreit, der Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, behauptete, daß der Referent die Frage zu sehr mit Rücksicht auf die junge staatliche Arbeitslosenversicherung in England und darum als Problem behandelt habe. Viel richtiger wäre gewesen, die jetzt schon hartlegenden sicheren Resultate der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge und ihre Unterstützung durch öffentliche Mittel herauszuheben. Die öffentliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Selbsthilfe sei das zunächst Nützlichste, weil die erforderlichen Unterlagen dafür zur Hand sind. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände in Deutschland haben im Jahre 1912 8,9 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben und seit 1891 für diesen Zweck 68 Millionen Mark aufgebracht.

Der Kongress beschloß schließlich, die Sätze des Herrn Juxter anzuerkennen und ihn mit dem weiteren Studium dieser Frage in der Internationale zu beauftragen.

Eine andere wichtige und ebenfalls noch neue Frage ist der Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und der Frage der Arbeiterwanderungen und Auswanderungen. Jene Unglücklichen sind zu einem recht großen Teile Opfer der Arbeitslosigkeit und eine Notwendigkeit der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge ist, auch diesen Menschen ihr Los zu erleichtern und ihnen gewisse Sicherheiten zu geben. Leider war die Zeit in Gent zu kurz, als daß dieser Frage die notwendige Bedeutung zugewendet werden konnte. Der Berichtserfasser Dr. Ferruzzi-Vudapest war überhaupt nicht in der Lage, diesen Gegenstand, dem er eine fleißige Arbeit gewidmet hatte, zu erörtern. Er gab nur ein paar einleitende Worte zu folgenden Anträgen:

1. Die internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möge die Wanderungsfrage in ihr Programm aufnehmen.
2. Die Frage möge sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden.
3. Das Komitee für soziale Versicherung und die Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mögen zur gemeinschaftlichen Untersuchung dieser Frage eingeladen werden.
4. Zum Studium möge eine gemischte, aus der gleichen Vertreterzahl der drei Vereinigungen bestehende Kommission eingesetzt werden mit dem Auftrage:
 - a) den Wirkungsbereich jeder Vereinigung festzustellen;
 - b) die allgemeinen Fragen und die zugleich die verschiedenen Vereinigungen interessierenden Fragen gemischten Inhalts zu untersuchen;
 - c) den Austausch von Dokumenten über die Wanderungen zu erleichtern.
5. Die Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möge innerhalb der gemischten Kommission beantragen, folgende Punkte als in ihr Spezialgebiet gehörend anzuerkennen:
 - a) die Organisation des Arbeitsnachweises;
 - b) die Veröffentlichungen über die Lage des Arbeitsmarktes;
 - c) den amtlichen Auswandererschutz im Auslande;
 - d) die Auslastung der Arbeiter in die Auswanderer vor ihrer Abreise;
 - e) die Bearbeitung der Arbeitslosenstatistik.

In Bezug auf jeden dieser Punkte könnte sich unsere Vereinigung mit anderen internationalen Vereinigungen ins Einvernehmen setzen.

Falls die Generalversammlung obiges Programm genehmigt oder ein anderes ausarbeitet, so wird sich der Vorstand ansetzen lassen, daselbe so rasch als möglich durchzuführen, und zwar getreu dem Sinne der gefassten Beschlüsse, jedoch unter dem Vorbehalt, die durch die Unterhandlungen mit den anderen Vereinigungen notwendig gewordenen Abänderungen vorzunehmen zu dürfen.

Diese Anträge wurden einstimmig angenommen und nach der Wiederholung der Resolution von Zürich, die Arbeitslosenstatistik mit allen Kräften zu vervollständigen, die Konferenz etwas eilig geschlossen.

Vom Standpunkt der organisierten Arbeiterschaft wird man im allgemeinen der in Gent geleisteten Arbeit zustimmen können. Es ist trotz der Kürze der Zeit und infolge der unangenehmen literarischen Diskussion der Arbeitslosenfrage in den regelmäßigen Veröffentlichungen der Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gelungen, eine Reihe von neuen Gedanken herauszuarbeiten und die Mittel zu klären, mit denen einem der schlimmsten Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Giftdämme genommen werden können.

Aus unserem Beruf.

Tariffänderungen am 1. Oktober.

Der kommende 1. Oktober bringt für einen sehr großen Teil unserer Mitglieder eine Erhöhung ihrer Löhne, in einzelnen Fällen auch eine Herabsetzung der Arbeitszeitdauer. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese Änderungen aufmerksam zu machen. Unsere Kollegenschaft hat alle Ursache, die in früheren Kämpfen — seien es auch solche friedlicher Natur gewesen — errungenen Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen. Die gegenwärtige Situation auf dem Wirtschaftsmarkte ist ganz gewiß nicht so, als daß sie auf die an sich knappen Lohnzulagen verzichten könnten. Der größte Teil der Betroffenen entfällt dabei auf diejenigen, die unter dem Drei-Städte-Tarif arbeiten. Der Vorstand des Unternehmerverbandes ist schon vor einiger Zeit auf diese Tarifänderung aufmerksam gemacht worden und er hat in der weiteren Erledigung der Angelegenheit am 19. September ein Rundschreiben an

seine Mitglieder erlassen, in dem er zur Beachtung der Forderungen der Lohnsätze auffordert.

Wenn wir auch annehmen, daß in der Mehrzahl der in Betracht kommenden Orte — wir nennen neben Leipzig, Berlin und Stuttgart noch Hamburg, München, Chemnitz, Eisenach, Frankfurt a. M. (in einzelnen Fällen Orte nur einzelne Firmen oder Branchen) — unsere Verwaltungen die Unternehmer auf die Tarifänderungen aufmerksam gemacht haben, so wollen und müssen wir jedoch ausdrücklich betonen, daß alle die Mitglieder, die von den Änderungen betroffen werden, ihre Verwaltungen aufmerksam machen müssen, wenn die fälligen Lohn-erhöhungen oder Arbeitszeitverlängerungen nicht eintreten. Wir wiederholen: Wir haben keine Ursache, auf zugeleitete Verbesserungen zu verzichten.

Vornehmlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die dem Dreistädte-Tarif angeschlossenen Unternehmer durch ihren Vorstand beim Tarifabschluß im Jahre 1911 zum Protokoll erklärt haben, daß auch die über Minimum Entlohnung eine entsprechende Lohnzulage erhalten sollten. Auch hier ist es Sache unserer Kollegenschaft, in entsprechender Weise auf dieses Versprechen hinzuweisen und um dessen Erfüllung zu ersuchen.

Geschäftsergebnisse.

Die A.-G. für Kartonnagen-Industrie in Dresden vertritt für das letzte Jahr 25 Proz. Dividende. Dabei werden die Geschäftsaussichten als nicht ungunstig bezeichnet, denn der Umsatz sei bereits höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres und der Eingang an Aufträgen bewege sich ebenfalls auf der Höhe des Vorjahres. Das nennt man ein Geschäft!

Nachklang zum Konkurs Göhre in Leipzig.

Das Landgericht in Leipzig hatte am 22. Januar den früheren Buchbindermeister Alfred Göhre wegen Konkursvergehens, Betrugs und Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Angeklagte hatte vor einigen Jahren das Geschäft seines Vaters übernommen und war in Konkurs geraten, und zwar, wie ihm zur Last gelegt worden ist, infolge allzu großen Aufwands für sich und seine Familie. G. hat sich ein Darlehen dadurch zu verschaffen verstanden, daß er sich als alleiniger Inhaber einer Firma, an der er nur beteiligt war, ausgegeben hatte. Der Angeklagte hat als Vormund seiner beiden Nichten ein Wertpapier über 1000 Mk., das seiner Nichte gehörte, bei der Mitteldeutschen Privatbank auf seinen eigenen Namen hinterlegt. Ferner hat er von einem über 352 Mk. lautenden Sparlassenbuch seiner Nichte 350 Mk. für sich abgehoben und für eigene Zwecke verbraucht. Das Gericht hat den Angeklagten in diesen beiden Fällen der Unterschlagung für schuldig befunden. Der Angeklagte hatte Revision eingelegt, soweit es die beiden Fälle der Unterschlagung betraf. Der Reichsanwalt hielt die Rüge für begründet, da die Verfügungsgewalt und Berechtigung des Angeklagten nicht einwandfrei festgestellt sei; er beantragte deshalb, das Urteil in diesem Punkte sowie hinsichtlich der Gesamtstrafe aufzuheben und die Sache insoweit an die Vorinstanz zurückzuverweisen. Das Reichsgericht hielt indessen das Urteil in allen seinen Teilen für bedenkenfrei und erkannte deshalb auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Zollschwierigkeiten bei Ausfuhr von Ansichtskarten.

Der „A. A. f. A.“ berichtet über weitere Zollschwierigkeiten durch die französischen Zollbehörden. Wie bei den Kartonnagenzeugnissen, von denen wir in der letzten Nummer berichteten, handelt es sich auch bei den Ansichtskarten um eine schickante Auslegung des Artikels 15 des französischen Zollgesetzes vom Jahre 1892. Durch die zwangsweise Angabe des Herkunftslandes wird unsere Ansichtskartenindustrie schwer betroffen. Es liegt auf der Hand, daß Karten mit französischen Ortsnamen, Abbildungen von Museen und dergl. in Frankreich so gut wie unverkäuflich sind, wenn diese Karten, wie dies namentlich durch die Auslegung des französischen Zollgesetzes verlangt wird, mit deutscher Druckfirma versehen sein müssen.

Wie der „A. A. f. A.“ weiter berichtet, soll die Reichsregierung bereit sein, mit zweckentsprechenden Schutzmaßnahmen einzugreifen. So soll in dem Entwurf zum Warenzeichengesetz eine Bestimmung vorgesehen werden, wonach der Reichsstatler mit Zustimmung des Bundesrats anordnen kann, daß gegen einen ausländischen Staat, der Herkunftsangabe und Warenzeichnung verlangt, mit der gleichen Maßnahme vorgegangen wird.

Damenport.

Schon mehrfach haben wir Gelegenheit gehabt, den Modesport einzelner Dämchen aus der Gesellschaft zu glorifizieren, die unsere Buchbinderei als Objekt zum Totschlagen langweiliger Stunden ansehen. Wie sie in diesem Streben von den Gesellenprüfungskommissionen unterstützt werden, dafür bietet die „Zeitschrift“ in ihrer letzten Nummer einen deutlichen Beleg. Dort wird auf eine tendenziös gefärbte Notiz der Tagespresse verwiesen, nach der zwei Damen nach Absolvieren einer regelrechten Lehrzeit die Gesellenprüfung bestanden hätten. Selbst die Berliner Handwerkerkammer als hierfür zuständige Instanz erklärte, daß eine regelrechte dreijährige Lehrzeit vorliege. Das aber soll nach der „Zeitschrift“ Schwindel sein, denn die beiden Damen haben nur einen halbjährigen Kursus in der Buchbinderei des Lettebaues absolviert. Nach dem waren beide die Inhaber einer Anstalt, in der einige kunstgewerbliche Techniken gelehrt wurden, so Batik, Metalltreiben und Ziselieren, weibliche Handarbeiten und auch — Puchbinden. Vor einigen Jahren wurde in ihrer Anstalt die bekannte Kunstbuchbinderin Charlotte Hubn als Lehrerin angestellt. Beide Damen haben sich nun vor kurzem zur Gesellenprüfung angemeldet, wobei sie — nach der „Zeitschrift“ — folgende Zeugnisse vorlegten: 1. Ein Zeugnis der Buchbinderei des Lettebaues über die Dauer eines halbjährigen Amateursturkus. 2. Ein Zeugnis eines Berliner Meisters, der ihnen das Handvergoldnen beigebracht haben soll, und 3. ein Zeugnis des Fräulein Hubn — ihrer Angestellten also — die ihnen ihre Tüchtigkeit bescheinigt! Und auf Grund solcher Zeugnisse wurden die beiden Damen auch wirklich zur Prüfung zugelassen!

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig, 1914.

Die Beteiligung der amerikanischen Regierung an der Leipziger Ausstellung kann als abgelehnt gelten. Die deutsche Abgabe für die Weltausstellung in San Francisco hat sehr verschmupft; außerdem sind die amerikanischen Wirren, die jeden Augenblick zum Krieg führen können, die Japanerfrage, sowie heftige innerpolitische Kämpfe nicht gerade einem Kulturwerk wie der Buchgewerbeausstellung förderlich.

Amerika wird sich natürlich trotzdem beteiligen, aber es wird kaum etwas Einheitsliches werden.

Aus dem Gau 8.

In der Zeit vom 9. bis 12. September wurde vom Gauvorstand durch den Kollegen Kornacker-Hannover der Versuch unternommen, die noch indifferenten Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen in Kassel zu organisieren. Kassel liegt an der Nordgrenze der Provinz Hessen-Rassau und zählt zirka 156 000 Einwohner. Es ist eine schöne Stadt, insbesondere dort, wo die reichen Leute wohnen. Blumengehäumte Balkons und wohlgepflegte Vorgärten zieren die gut angelegten Straßen. In den engen Gassen und Gäßchen und den licht- und luftarmen Höfen des Armeuteilviertels dagegen bilden blasse, blutarme Menschenkinder den vornehmsten Schmuck. Von den Wohnstätten der Reichen blüht man zum Teil herab in das herrliche Judental und auf die gegenüberliegenden Höhen des Kaufungerwaldes. Zum anderen Teil sieht man auf die östlichen Anläufer des Habichtswaldes, an dessen waldigen Abhängen das Schloß Wilhelmshöhe liegt, beschützt und behütet von dem gewaltigen Sinnbild der Kraft, dem Hercules. Würde doch ein Teil dieser versinnbildlichten Kraft auch in unseren heftigen Kollegen und Kolleginnen stecken! Schloß Wilhelmshöhe hat historische Bedeutung insofern, als es 1871 dem gefangenen Franzosenkaiser zum Gefängnis diente. Als jedoch wenige Jahre später das Sozialistengesetz über Deutschland hereinbrach, war es seiner Aufgabe, als Gefängnis zu dienen, bereits wieder entzogen, denn die heftigen Arbeiter, die unter dem Sozialistengesetz ins Gefängnis wandern mußten, kamen nicht mehr nach der Wilhelmshöhe. Die Einwohner Kassels sind ein dankbares Volk von feher. Zeugnis davon gibt das Denkmal des Landgrafen Friedrich II. auf dem schönsten Platz Kassels, dem Friedriehsplatz, des Landgrafen, der Tausende seiner Landesfinder für schöne Silberlinge an England verkaufte, damit sie auf den Schlachtfeldern ferner Weltteile zur höheren Ehre des Hessenlandes ihr Blut vergießen konnten. Und diese Dankbarkeit vererbt sich von Geschlecht auf Geschlecht. Zum Beispiel erweisen sich viele unserer Kollegen in Kassel insofern dankbar, als sie — obwohl nicht organisiert — durch unsere Lohnbewegung im Jahre 1911 Lohnzulagen bis zu 3 W. erhielten, den Verband auch heute noch nicht durch ihre Mitgliedschaft be-

schwären. Eine Dankbarkeit, die gewiß nicht empfehlenswert ist!

Kassel zählt in vier Kartonnagen- und Papierwarenfabriken zirka 400 Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen. Außerdem sind einige Dundert in der Umgegend in Füllern beschäftigt. Daß die Gesellenarbeit nicht fehlen darf, wo freie Arbeiter in der rücksichtslosesten Weise ausgebeutet werden, sei nur nebenbei bemerkt. Aber daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nur durch die Organisation dieser Ausbeutung einigen Widerstand entgegensetzen können, haben sie leider noch nicht so gut begriffen als die Arbeitgeber. Ein einfaches Verbot der organisationsfeindlichen Firmen Grünbaum, A.-G., und Wendroth, A.-G., genügt deshalb, sie von dem Versuch der für diese Betriebe angelegten Werkstüberversammlungen zurückzuhalten. Auch unter den Arbeitern selbst findet diese Sorte Unternehmer leider sehr oft tatfräftige Unterstützung. Z. B. brachte es der Portier der Firma Grünbaum, A.-G., ein abgedankter Kriminalpolizist fertig, einen unserer Flugblattverbreiter arretieren zu lassen. Besser sind die Verhältnisse bei der Firma Becker u. Warrhausen. Diese legt der Organisation keine Schwierigkeiten in den Weg, auch sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser als in den anderen Betrieben. Die Werkstüberversammlung für diesen Betrieb war von sämtlichen männlichen Arbeitern besucht, während die Arbeiterinnen auch hier fehlten. In anschaulicher Weise schilderte Kornacker den Ansehens der Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen, denen die Arbeiterschaft in der Kartonnagenindustrie bisher nichts Gleichwertiges entgegenstellen könne. Daß es nur durch die Organisation möglich sei, für die Arbeiter Vorteile zu erringen und damit die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel etwas auszugleichen, beweisen die Fortschritte, die in anderen Gewerben durch die Organisationen erzielt seien.

In der anregenden Debatte kam zum Ausdruck, daß die Kassel Kollegen und die Ortsverwaltung nunmehr die Agitation in der Kartonnagenindustrie ganz energisch in die Hand nehmen wollen; der tatfräftigen Unterstützung und Mitwirkung des Gauvorstandes dürfen sie sicher sein. Öffentlich gelingt es nunmehr, trotz des Widerstandes der organisationsfeindlichen Unternehmer, die Kollegen und Kolleginnen in den Kartonnagenfabriken dem Verbände zuzuführen.

Zwei internationale Gewerkschaftskonferenzen.

Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Zürich.

Am 16. September begann diese Konferenz. Vertreten sind folgende Länder: England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Bosnien und Herzegowina, Ungarn, Kroatien, Schweiz, Italien, Spanien und Vereinigte Staaten von Nordamerika. Nicht vertreten sind Serbien, Bulgarien und Rumänien. Außerdem wohnen der Konferenz die Internationalen Berufssekretäre bei.

Der Bericht des Internationalen Gewerkschaftssekretärs Legien liegt gedruckt vor, er wird nur durch kurze Erläuterungen Legiens ergänzt. Daraus geht hervor, daß dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat die Landeszentralen der oben genannten Länder mit 7 121 000 Mitgliedern 1913 angeschlossen sind, während die angeschlossenen Zentralen 1912 nur 6 570 000 Mitglieder zählten. An Unterstützungen wurden 1911 durch das Internationale Gewerkschaftssekretariat an die norwegische Landeszentrale 36 881 W. und an die englische Landeszentrale 100 072,98 W. gezahlt, 1912/13 an die holländische Landeszentrale 49 336,01 W., an die belgische Landeszentrale für den Generalfreieil 10 470,63 W. und an die italienische Landeszentrale 8549,22 W. Die für die Gewerkschaften der Balkanländer gesammelten Gelder sind noch nicht abgeführt worden, da Zweifel darüber bestehen, wer zum Empfang derselben berechtigt ist, weil in Bulgarien zwei Landeszentralen bestehen, die der „Engherzigen“ und die der „Weitherzigen“, die beide dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat nicht angeschlossen sind. Hierzu beschloß die Konferenz, daß zur Regelung der Angelegenheit Vertreter der Gewerkschaften aus den Balkanländern zu einer Konferenz in Wien im Oktober d. J. eingeladen werden sollen, an der auch Legien teilnehmen wird. Legien konnte bei seinem mündlichen Berichte noch einen Brief der Landeszentrale von Transbaal mitteilen, worin diese ihren Anschluß mittel.

An den Bericht Legiens schloß sich eine Debatte, in der Dubegeest-Holland bemängelte, daß in den internationalen Unterstützungsaktionen fast immer die englischen und amerikanischen Gewerkschaften

fehlten. Dasselbe tat Dubegeest-Oesterreich in bezug auf die Franzosen, welche nicht einmal ihre letzten Jahresbeiträge an das Sekretariat bezahlt hätten und sich von finanziellen Leistungen immer drücken. Selbst der belgische Generalfreieil hätte die Postel des Generalfreieils nicht aus ihrer Untätigkeit gerufen. Es wäre doch merkwürdig, daß die Franzosen sich nicht einmal über die Gründe dafür äußerten, obgleich das für die Konferenz sehr interessant wäre. Die englischen Vertreter begegneten den gegen sie gerichteten Vorwürfen mit den oft gehörten Einwendungen, daß es infolge der eigenartigen Verfassung der englischen Gewerkschaften und der besonderen Verhältnisse eines Inselreichs schwer sei, alte Gewohnheiten abzulegen. Doch würden sie wie bisher alles tun, damit es mit der Verletzung der internationalen Solidarität besser werde. Der amerikanische Vertreter meinte, daß Gesuche um Unterstützung nicht immer an die richtige Adresse, an die Zentralen, sondern an die Lokalunionen gerichtet würden. Jouhaux als Vertreter der französischen Gewerkschaften suchte die letzteren mit der Verhaftung einer Anzahl von Gewerkschaftsführern, darunter den ersten Kassierer der Confederation du Travail (Generalkommission) zu entschuldigen und warf im übrigen Dubegeest vor, daß es seine Gewohnheit sei, die Franzosen zu verpöhlen. Dubegeest verwahrte sich Dubegeest in einer Neptil, indem er zugleich die angeführten Gründe Jouhaux für völlig unfähig erklärte. Beachtet zu werden verdient die Erklärung Legiens, daß zu Anrufen betreffs internationaler Unterstützungen im Kampfe befindlicher Gewerkschaften nur die Internationalen Berufssekretariate oder das Internationale Gewerkschaftssekretariat berechtigt seien, wenn die Landesgewerkschaften allein nicht zur Unterstützung imstande seien.

Der Bericht Legiens wird genehmigt und seine Remuneration von 500 auf 600 W. pro Jahr erhöht. Angenommen wird ein Antrag, wonach bei Einladungen von bürgerlicher Seite zu internationalen Kongressen das Internationale Sekretariat die Vorarbeiten zu erledigen hat und eine möglichst einseitige Stellungnahme der Gewerkschaften herbeizuführen suchen muß.

Sodann wurde ein Antrag Dubegeests angenommen, nach dem die Landeszentralen die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften zu veranlassen haben, sich den Internationalen Berufssekretariaten anzuschließen und umgekehrt haben diese die gleiche Pflicht gegenüber den Landeszentralen. Angenommen wurde ferner ein Antrag: „Ausländische Arbeiter haben ihre Beiträge in dem Lande zu entrichten, in dem sie sich befinden.“

Die von Legien seit Anfang 1913 herausgegebene Internationale Gewerkschaftskorrespondenz soll nach einem Beschluß der Konferenz in englischer, französischer und deutscher Sprache wie bisher herausgegeben werden. Zur Deckung der Unkosten sind die Beiträge für das Internationale Sekretariat von 1,50 Mark auf 4 W. pro 1000 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und pro Jahr zu erhöhen. Die Konferenz erklärt sich ferner einem Antrage Appleton (England) gemäß grundsätzlich damit einverstanden, daß das Internationale Sekretariat auf den Gewerkschaftskongressen sämtliche angeschlossenen Organisationen vertritt, damit diese der Beschädigung überhoben sind. Doch sollen, entsprechend einem Amendement Legiens, vor Ausführung Erhebungen über die durch die Delegation entstehenden Kosten gemacht werden.

Der Name des Sekretariats wird auf Antrag Perkins (Amerika) in „Internationaler Gewerkschaftsbund“ umgewandelt. Dagegen wird ein anderer Antrag Amerikas als verfrüht zurückgewiesen bis zur nächsten Konferenz; in der Zwischenzeit soll er den Landeszentralen zur Begutachtung unterbreitet werden. Der Antrag lautet:

„Die Internationale Konferenz empfiehlt den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer „Internationalen Arbeitsföderation“, wobei die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung jedes Landes bestimmt und garantiert bleibt. Der Zweck der Föderation würde sein der Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder und die Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.“

Bezüglich des von Belgien gestellten Antrages auf Gründung von Informationsbureaus in allen Ländern wird der belgischen Landeszentrale aufgetragen, bis zur nächsten Konferenz näher zu erläutern, wie sie sich die Einrichtung solcher Bureaus denkt und entsprechendes Material zu unterbreiten.

Folgender von Schweden gestellter Antrag findet Annahme:

„Die Konferenz ersucht dringend die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, daß sie, wo es nicht schon geschehen ist, demnächst Anträge einbringen resp. erneuern, auf Verbot der Nachtarbeit

für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige, in denen nicht dringende Umstände dieselbe notwendig machen, und gleichfalls Anträge einzubringen auf Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes.

Um einen Überblick über die Behandlung dieser Fragen in den gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Länder zu gewinnen, werden die Vorstände der angeschlossenen Landesorganisationen der verschiedenen Länder aufgefordert, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen in den verschiedenen Ländern zu liefern.

Ein Antrag von Frankreich: „Untersuchung darüber, welche Maßnahmen zu treffen sind, um der Manifestation des 1. Mai ihren wirklichen wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben“ wurde abgelehnt. Gegen die Verhaftung vieler französischer Gewerkschaftsführer durch die französische Regierung legte die Konferenz Protest ein.

Auf Beschluß der Konferenz wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen der vom Internationalen Buchbindersekretariat beantragte dritte Tagesordnungspunkt der Konferenz der Berufssekretäre jetzt schon verhandelt. Er lautete:

„Was können die nationalen Landessekretäre tun, um den Anschluß der Gewerkschaften an die Internationalen Berufssekretariate zu bewirken?“

Die Diskussion hierüber war eine sehr lebhaft und — wie wir hoffen wollen — in ihren Folgen fruchtbar. Sie wurde vom Antragsteller Moth eingeleitet. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die den ausgewanderten Buchbindern bereitet würden, wenn sie in die amerikanische Buchbinderorganisation eintraten wollen, trotz der Empfehlungsschreiben, die ihnen in englischer Sprache vom Internationalen Buchbindersekretariat mitgegeben würden. Der letzte Verbandstag der amerikanischen Organisation habe beispielsweise abgelehnt, die Marginaleintrittsgebühr von 25 auf 10 Dollar herabzusetzen. Bei der Aufnahme in eine Lokalanion müsse der Aufnahme suchende im Vorraum warten und dürfe der Mitgliedserversammlung nicht beizuwohnen. Würden bei der Ballotage nur drei Stimmen gegen ihn abgegeben, so wäre damit seine Aufnahme abgelehnt. Ferner sei das Bestehen mehrerer Lokalorganisationen ein und desselben Verbandes an einem Orte — es beständen in New York 3, B. 7 oder 8 — geeignet, diese Schwierigkeiten noch zu vermehren, da jene oft erst prüften, zu welcher der Kollege gehörte. Die Organisationszersplitterung, wie sie sogar noch in England bestände, wo in London über 20 Organisationen des graphischen Gewerbes beständen, vermehre ebenfalls unnötig die Schwierigkeiten internationaler Verbindung, da eine solche mit einer einheitlichen Zentralorganisation leichter herzustellen sei. Nur erst eine englische Organisation sei dem Internationalen Buchbindersekretariat angeschlossen. Die französische Papierarbeiterorganisation sei zwar seit Ende 1909 dem Internationalen Buchbindersekretariate angeschlossen, allein Beiträge habe sie noch keine bezahlt. Die Buchbinder Finnlands hätten sich vor etwa 2½ Jahren hilfesuchend an das Buchbindersekretariat gewendet und seien bei dieser Gelegenheit wiederholt und auch schon früher zum Anschluß gemahnt worden, allein der Mahnung sei bisher noch keine Folge gegeben worden. Manches würden die gewerkschaftlichen Landeszentralen tun können, um diesen Wandel zu schaffen, wenn sie auf die Internationalen Berufssekretariate und ihren Nutzen von Zeit zu Zeit aufmerksam machten, die Gewerkschaften aufforderten, sich denselben anzuschließen, und den Gründen nachsichtigten, warum das vielfach nicht geschähe.

In ähnlichem Sinne äußerten sich verschiedene Berufssekretäre. Auch wurde von ihnen darauf hingewiesen, daß richtige Uebersetzungen der Organe der Berufssekretariate und persönliches Kennenlernen der Gewerkschaftsleiter wesentlich zur internationalen Verständigung und Verbindung beitragen würden. Der amerikanische Vertreter Perkins meinte, daß nicht genügend die schwierige Lage der amerikanischen Gewerkschaften gewürdigt würde, die infolge ihrer harthen Einmauerung mit hoher Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder und dementsprechenden hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung zu rechnen hätten. Die Debatte zeige ihm, wie notwendig es sei, daß die nächste Internationale Konferenz in Nordamerika stattfinden, damit man sich gegenseitig besser verstehe. Die lange und interessante Debatte endigte schließlich mit einer Resolution des Internationalen Sekretärs der Textilarbeiter Shaw-Manchester, die in allerdings etwas unverbindlicher Form die Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche empfahl.

Hierauf lud Perkins in warmer Weise namens der amerikanischen Federation of Labour (Gewerkschaftsbund) zur Abhaltung der nächsten Internationalen Konferenz in San Francisco für das Jahr

1915 zur Zeit der dort stattfindenden Weltausstellung und im Anschluß an den amerikanischen Gewerkschaftskongreß ein. Auch das amerikanische Parlament hatte Perkins beauftragt, den gleichen Wunsch zu übermitteln. Huber (Österreich), Dubocest (Holland) und Mertens (Belgien) äußerten Bedenken wegen der hohen Kosten und wegen der langen Abwesenheit der Sekretäre — die auf ungefähr sechs Wochen veranschlagt wurde — von ihrem eigentlichen Wirkungskreise. Legien betonte demgegenüber den hohen Wert einer Verständigung und Verbindung mit den amerikanischen Gewerkschaften, die sicherlich durch eine solche Delegation mehr gefördert würde, als durch Hunderte von Zirkularen und Broschüren. Außerdem hätte die organisierte Arbeiterkraft das Recht und die Pflicht, auf einer Weltausstellung, wo die Erzeugnisse der Arbeit präsentiert würden, offiziell vertreten zu sein. Mit 9 Stimmen: England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Schweiz, Italien und Vereinigte Staaten — gegen 6 Stimmen: Belgien, Holland, Österreich, Bosnien, Ungarn, Kroatien — wurde der Beschluß gefaßt, die nächste Internationale Konferenz in San Francisco stattfinden zu lassen. Spanien enthielt sich der Abstimmung. Darauf wurde die Konferenz am Donnerstag mittag 1 Uhr geschlossen.

Konferenz der Internationalen Berufssekretäre.

Die Konferenz wurde am 19. September, morgens 9 Uhr, eröffnet und Schilde (Metallarbeiter) zum Vorsitzenden derselben gewählt. Vertreten sind auf der Konferenz von 29 Berufssekretariaten 25 mit 5594 100 Mitgliedern. Es sind dies folgende Sekretariate:

Table with 3 columns: Sekretariat, Sekretär, Mitgliederzahl. Lists various trade unions and their representatives like A. Mohs, Berlin and Otto Hue, Wien.

Table with 3 columns: Sekretariat, Sekretär, Mitgliederzahl. Lists smaller trade unions like Fabrikarbeiter and Gastwirtsgehilfen.

Warum das Sekretariat der Gastwirtsgehilfen in der Präsenzliste fehlt, da doch der Sekretär Baummeister anwesend war, ist nicht klar.

Da ein Punkt der Tagesordnung bereits auf der Konferenz der Landessekretäre verhandelt worden war, so blieben nur noch folgende übrig:

- 1. Einheitlichkeit der Berichterstattung. 2. Einheitlichkeit der internationalen Gewerkschaftsstatistik.

Ueber beide Punkte zusammen referierte Baummeister, der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftssekretariats. Er plädierte dafür, daß erstens alle Berufssekretariate alljährlich Fragebogen für eine Jahresstatistik an die ihnen angeschlossenen Organisationen herausgeben, was bisher nicht von allen Sekretariaten geschah; daß zweitens diese Fragebogen für alle Sekretariate gleichmäßig gestaltet werden und daß drittens auf Grund solcher Fragebogen alljährlich ein Bericht an das Internationale Gewerkschaftssekretariat oder, wie es jetzt heißt, an den Internationalen Gewerkschaftsbund (Sekretär Legien) eingeleitet wird, der sodann im Jahresbericht des Bundes zu veröffentlichen ist. Dadurch würde es möglich sein, Vergleiche zwischen

dem Bestand früherer Jahre und den Einrichtungen der verschiedenen Sekretariate zu ziehen. Ferner sollen die Berufssekretariate gehalten sein, über alle wichtigen, die Allgemeinheit der Gewerkschaften oder einzelner Berufsinteressierenden Vorkommnisse an die Internationale Korrespondenz des Gewerkschaftsbundes Bericht zu erstatten.

Alle nachfolgenden Diskussionsredner sind im großen und ganzen mit den Vorschlägen Baummeisters einverstanden, obwohl sie sich die Schwierigkeiten nicht verhehlen, welche sich der Ausführung entgegenstellen. Für das als Muster vorgelegte Jahresberichtsformular der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, das auf 12 Quartseiten eine Unmasse Fragen enthält, vermag sich aber niemand zu erwärmen, da viele der Fragen nur auf einen bestimmten Beruf zugeschnitten und zum Teil auch recht unklar seien, insbesondere aber gar nicht darauf zu rechnen sei, daß eine solche Ueberfülle von Fragen ihre richtige Verantwortung fänden. Entsprechend diesen Ansichten wurde schließlich eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Leipart (Holzarbeiter), Zschade (Transportarbeiter) und Sassenbach (Sattler), welche die Aufgabe hat, einen einheitlichen Fragebogen auszuarbeiten.

Rummehr beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage, ob in Zukunft weitere Konferenzen der Berufssekretäre stattfinden sollten. Leipart erklärte sich dagegen, denn die jetzt stattfindenden Konferenzen schienen ihm nicht die Notwendigkeit derselben nahezu legen, da deren positive Ergebnisse nicht allzu hoch bewertet werden dürften. Mit der Beschickung der Konferenz in San Francisco seien überdies sehr erhebliche Unkosten verbunden. Allerdings hätten auch schon die Holzarbeiter seit zwei Jahren erzwungen, ob es nicht angebracht sei, ihren Sekretär nach Amerika zu senden, um bessere Verbindungen zu erlangen, allein eine solche Reise könne auch unabhängig von einer Konferenz in San Francisco unternommen werden. Finnen (Handlungsgehilfe) schlägt vor, daß sich die Sekretariate zunächst mit der Frage beschäftigen sollten und die Konferenz darüber keine Entscheidung treffe. Moth unterläßt diesen Antrag, hält aber eine Meinungsäußerung über das eventuelle Stattfinden derartiger Konferenzen für wünschenswert. Es dürfte wohl allgemeine Empfindung sein, daß ein getrenntes Tagen keinen großen Wert habe, sondern nur, wenn es gemeinsam mit den Landessekretären geschähe. Eine solche gemeinsame Konferenz sei aber zweifellos wertvoll, zumal der Schwerpunkt der internationalen Verbindung sich zugunsten der Berufssekretariate verschieben dürfte. In ähnlicher Weise läßt sich Schilde aus, indem er zugleich den Vorwurf zurückweist, daß die Konferenz der Berufssekretäre nichts geleistet habe. Das sei nur scheinbar der Fall, da ihr wichtigster Tagesordnungspunkt gemeinsam mit den Landessekretären verhandelt worden sei. Ueberhaupt dürfe man den Wert solcher Konferenzen nicht nach den gefaßten Beschlüssen beurteilen, sondern nach den unwägbaren Vorteilen, die durch die Aussprache und das gegenseitige Kennenlernen gegeben seien. Er schlage daher vor, daß die Konferenz den Wunsch ausspreche, es möge den internationalen Berufssekretären auch zukünftig die Möglichkeit gewährt werden, an den Konferenzen der Landessekretäre teilzunehmen. Dem schließt sich Shaw (Textilarbeiter) an und darauf beschließt auch die Konferenz im Sinne Schildes. Die internationalen Berufssekretariate sollen sich selbstverständlich auch mit dieser Sache und der Beschickung der Konferenz in San Francisco befassen.

Darauf wird die Konferenz gegen 1 Uhr mittags mit einem kurzen Nejmé Schilde geschlossen.

E. K.

Internationales.

Großbritannien. Das Personal der größten Londoner Buchbinderei — Firma J. Burn u. Co. in Kirby-London mit Filialbetrieben in Esher, Surrey — befindet sich im Ausstand, weil die Firma in diesen Filialbetrieben zu außerordentlich niedrigen Bedingungen Kinderarbeit einführen wollte. Die Firma drohte, die Arbeit nach auswärts zu verlegen, und zwar nach dem Kontinent. Andere Firmen schlossen sich dieser Drohung an. Im Streik befanden sich am 9. September bereits 500 Personen. — Nach neueren Mitteilungen hat sich die Bewegung ganz wesentlich ausgedehnt, sie ist z. B. auch nach Edinburg übergesprungen, und sie wird voraussichtlich auch noch andere Städte erfassen. Sie scheint demnach zu einem großen Kampfe gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu werden. Unsere deutsche Kollegenchaft hat alle Ursache, dieser Bewegung ihre vollste Aufmerksamkeit zu widmen, wird doch gerade von unseren Unternehmern vornehmlich bei Tarifverhandlungen auf die englische Konkurrenz verwiesen. Wir er-

suchen deshalb unsere Kollegenschaft dringend, auf eventuelle Streikarbeit zu achten und beim Auftauchen solcher sofort der Verbandsleitung Mitteilung zu machen. Ganz selbstverständlich aber ist, daß niemand in der gegenwärtigen kritischen Zeit ein Arbeitsangebot aus Großbritannien beachtet. Da die Bewegung ständig an Ausdehnung zunimmt und immer mehr Orte von ihr erfaßt werden, ist die strenge Beachtung dieser Forderung notwendig. Unsere großbritannische Kollegenschaft wird nicht vergebens an die Solidarität der festländischen Berufsgenossen appellieren haben.

Norwegen. Zu dem Ausstand der Buchbinderarbeiter in Kristiania führt der norwegische „Sozial-Democrat“ folgendes aus:

Die Arbeitgeberzentrale in Norwegen, die alle sogenannten Meistervereine*) umfaßt, führt einen äußerst gehässigen und brutalen Kampf gegen das Bestreben der Arbeiter, Sommerferien zu erlangen. Dies sollten jetzt auch die Buchbinder erfahren. In dem neuen Tarifentwurf der Abteilung Kristiania wurde, wie bereits berichtet, auch eine Woche Sommerurlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes gefordert. Diese Forderung schien um so mehr berechtigt zu sein, als schon im Anhang des alten Tarifs drei Tage Ferien vorgesehen waren. Dieser Anhang, der außerdem noch ein Lehrlingsregulativ enthielt, bildete allerdings eine mehr private Abmachung zwischen dem Meisterverein und den Gehilfen. Der bei den Tarifverhandlungen anwesende Vertreter der Arbeitgeberzentrale, Buchdruckerbesitzer Gröndal, war ebenfalls der Meinung, daß die Ferienfrage auf diese alte Weise geregelt werden könnte. Im Anschluß daran einigten sich die Vertreter des Meistervereins und diejenigen des Buchbinderverbandes über sechs Tage Sommerferien und ein Lehrlingsregulativ. Beides sollte aber nicht im Tarif selbst, sondern im Anhang enthalten sein, damit die Arbeitgeberzentrale nicht mitverantwortlich wäre. Es war nicht das erstemal, daß ein solcher Nebenvertrag geschlossen wurde: Auch die Abteilungen Baade, Bergen, Fredrikshald haben auf solche Art 3 bis 4 Tage Sommerferien durchgesetzt.

Die von den Vertretern des Meistervereins gemachten Zugeständnisse betreffs des sechstägigen Sommerurlaubs und der übrigen Forderungen der Gehilfen wurden von den Unternehmern in ihren Vereinsversammlungen gutgeheißen, und dies wurde dem Vorsitzenden des Buchbinderverbandes telephonisch mitgeteilt. Hierauf erklärte der Verband, daß die Gehilfen ebenfalls mit den Zugeständnissen einverstanden wären. Die Arbeitgeberzentrale wurde dann in Kenntnis gesetzt von der Annahme des Tarifs seitens des Gehilfenverbandes.

Der Tarif wurde nunmehr in Druck gegeben und Korrektur wurde gelesen. Sobald aber die Herren der Arbeitgeberzentrale den Tarifanhang mit dem sechstägigen Urlaub zu Gesicht bekamen, wurde Lärm geschlagen. Dem Buchbinder-Meisterverein wurde Prinzipienbruch vorgeworfen, und die Drucklegung des Tarifs mußte unterbleiben. Den sechstägigen Sommerurlaub, den die Meister selbst beschlossen und bewilligt hatten, durften sie ihren Arbeitern nicht gewähren, und sie duckten sich unter der Peitsche der Arbeitgeberzentrale. Sie mußten nun ihren Arbeitern mitteilen, daß sie keine Ferien geben dürfen, nicht einmal ein schriftliches Zugeständnis dürfen sie abgeben. Ihr eigenes Wort mußten sie brechen, ihren eigenen Beschluß preisgeben, so lautete der Befehl der Arbeitgeberzentrale. Nun blieb der Gehilfenorganisation nichts weiter übrig, als zum Ausstand zu schreiten und am 6. September wurde die Arbeit niedergelegt. Die Meister waren ganz erstaunt über diesen Eingriff der Arbeitgeberzentrale. Diejenigen Unternehmer, die den obengenannten Korrekturabzug zugeschiedt bekommen hatten, aber noch nichts von der Maßnahme der Zentrale wußten, sagten zu ihren Arbeitern: „Hier steht es ja, daß Sie sechs Tage Ferien bekommen.“ Worauf die Gehilfen den verwunderten Unternehmern zur Antwort gaben: „Jawohl, aber die Arbeitgeberzentrale erlaubt es nicht.“

Man kann sich die Erbitterung derjenigen Unternehmer denken, die seit mehreren Jahren sechs Tage Ferien gegeben hatten und nun gerade wegen dieser Frage ihre Betriebe schließen mußten.

Es ist der erste Grundsatz der Arbeitgeberzentrale, daß jeder Unternehmer seinen Betrieb

selbständig leiten kann; diesen Grundsatz hat die Zentrale gebrochen, und dabei wirft sie den Meistern Prinzipienbruch vor.

Dieser Vorfal zeigt so recht die kulturfeindliche Gesinnung der Arbeitgeberzentrale und welche Macht sie ausübt über die Handwerksmeister; diesmal waren es die Buchbindermeister, die sie die Peitsche fühlen ließ. Es ist fast unfaßbar, daß solche Gewaltmaßregeln in unserer Zeit getroffen werden können wegen einer Woche Sommerferien der Arbeiter.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland:

Breslau (Firma W. Kragen u. Co.).
Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Henden).

Frankfurt a. M. (Gutsarbeiter).
Hannau (Gutsarbeiter).
München (M. Halle, Kartonnagenfabrik).

Großbritannien (Abwehrstreiks zur Verhinderung der Ausdehnung der Frauen- und Mädchenarbeit).

Norwegen:
Kristiania.

Serbien:
Belgrad.

Ungarn (vor allem Budapest infolge der dortigen Tarifbewegung).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland:
Vielefeld.

Dresden (Prägereiarbeiter und -arbeiterrinnen).
Saarbrücken.

Österreich:
Innsbruck.

Reichenberg i. Böhmen.

Schweiz:

Harau (und Umgebung).
Chur-Davos (Buchbinder).
Luzern (Buchbinder).
Lausanne (Buchbinder).

Osterried a. S. Die Lohnbewegung in Osterried ist mit Erfolg beendet. Nachdem die am 29. Juli in Magdeburg mit einem Vertreter des Industrieschutzverbandes gepflogenen Verhandlungen zu einem annehmbaren Ergebnis nicht geführt hatten, fanden weitere Verhandlungen am 18. und 19. September in Osterried mit den beteiligten Firmen selbst statt, unter Mitwirkung eines Vertreters des Industrieschutzverbandes. Unsererseits wurden die Verhandlungen durch die Kollegen Kornacker-Dannover und Böhme-Magdeburg geführt. In einer am 18. September stattgefundenen, von sämtlichen Kollegen besuchten Versammlung erarbeiteten Kornacker und Böhme Bericht über das Ergebnis dieser Verhandlungen. Danach wird die bisherige 54- und 53 1/2 stündige Arbeitszeit auf 53 Stunden verkürzt. Die Minimallöhne, die bisher für in Osterried ausgelernete Kollegen 13,50 Mk. pro Woche, für Kollegen im Alter von über 19 Jahren 18 Mk., im Alter von über 21 Jahren 20, im Alter von über 23 Jahren 22 Mk. und im Alter von über 25 Jahren 23,50 Mk. betragen, erfahren eine Erhöhung von 7 1/2 Proz. Die Minimallöhne betragen nunmehr: für ausgelernete Kollegen nicht unter 15 Mk., im Alter von über 19 Jahren 19,35 Mk., im Alter von über 21 Jahren 21,50 Mk., im Alter von über 23 Jahren 23,65 Mk. und im Alter von über 25 Jahren 25,25 Mk. pro Woche. Solche Arbeiter, die diese Minimallöhne bereits haben, erhalten eine Zulage von 7 1/2 Proz. zu ihrem bisherigen Lohne. Die Ueberstunden werden mit 20 Proz. und Sonntagsarbeit mit 33 1/2 Proz. entschädigt. Für Feiertage erhalten die im Wochenlohn Beschäftigten ihren ungekürzten Wochenlohn, während die im Afford Beschäftigten eine Entschädigung mindestens in Höhe des für sie vorgesehenen Minimallohnes erhalten.

Der Tarif läuft vom 1. Oktober 1913 bis 31. Dezember 1916. Kornacker und Böhme erklärten in ihren Ausführungen, daß diese Zugeständnisse

zwar nicht dem entsprächen, was angesichts der enormen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse als notwendig ersiehene, daß aber die gegenwärtigen Konjunkturverhältnisse ihre Schatten auch auf Niemand werfen und deshalb nicht mehr zu erreichen sei. Beide könnten deshalb nur die Annahme dieser Vereinbarungen empfehlen, die immerhin einen nicht unerheblichen Fortschritt für die Kollegen bedeuten. Nach längerer Debatte wurden die getroffenen Vereinbarungen von der Versammlung einstimmig angenommen. Hierauf ermahnte dann, nun auch für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen Sorge zu tragen. Von den Prinzipalen habe er den Eindruck gewonnen, daß er das ohne weiteres erwarten dürfe. Es gehöre dazu aber auch, daß die Kollegen sich ihrer Pflicht als Arbeiter jederzeit, auch im Betriebe bewußt seien. Anerkennungswert sei auch die Fertigungserklärung des Herrn Fiedfeld. Es sei zu wünschen, daß solche Ausnahmen auch innerhalb unseres Verzeies mehr und mehr zur Regel würden. In kurzen Worten beleuchtete Kornacker dann die Gemüthsfrage, die sich dem Fortschreiten der Arbeiterschaft entgegenstellen. Auf der einen Seite die immer kräftiger erstarkenden Arbeitgeberorganisationen, auf der anderen Seite die weitgehende Zersplitterung der Arbeiterschaft, die große Zahl der Indifferenten und das mangelnde Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, das es den Unternehmern ermöglichte, sich aus der Arbeiterschaft selbst in den gelben Organisationen eine Schutztruppe zu bilden. Unausgeübte Aufklärungsarbeit aller Gewerkschaftler sei notwendig, um die Gewerkschaftsorganisationen so zu gestalten, daß sie allen kommenden Kämpfen und Stürmen gewachsen sind. In einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband brachten die Kollegen zum Ausdruck, daß sie gewillt sind, auch in ihrem engeren Wirkungsbereich in diesem Sinne zu arbeiten.

Dresden. Zur Tarifbewegung in der Plakatbranche. Am 19. September fand wiederum eine öffentliche Versammlung statt. Lange sowie die Tarifkommissionsmitglieder berichteten, daß am 18. September eine nochmalige Verhandlung zwischen der Tarifkommission und den Fabrikanten stattgefunden habe, in welcher alle die Streitfragen, mit denen sich die letzte Versammlung beschäftigt, erörtert wurden. In der Affordfrage einigte man sich dahin, daß die Firma Feuerstein auf ihren neuen Tarif 5 Proz. 10 Proz. Lohn-erhöhung zugabte, unter Verzicht auf jede weitere Erhöhung in drei Jahren, so daß dieser Tarif dann als einheitlicher überall, wo Afford in Frage kommt, eingeführt werden würde. Die Einbeziehung der sogenannten ungelerten Arbeiter und Hilfsarbeiterinnen sowie Zuschneider in den Tarif wurde wiederholt abgelehnt, dagegen erklärt, daß alle diese jetzt den Lohnausgleich erhalten sollen, ferner am 1. Oktober 1916 eine Zulage von 2 Pf. für männliche und 1 Pf. für weibliche pro Stunde. Bei den Firmen Fischer sowie Gebr. Kammerer, welche die neunstündige Arbeitszeit schon haben, bekommen alle, die von den Tarifbestimmungen nicht betroffen werden, auch dieses Jahr am 1. Oktober eine Zulage von 2 Pf. resp. 1 Pf. pro Stunde. Außer diesem wurde noch den Arbeiterinnen, welche pudern, bronzieren usw., eine Zulage zugesagt, jedoch nichts festgelegt.

In der darauf folgenden Debatte wurde allgemein bedauert, daß die Zuschneider und Hilfsarbeiterinnen, wenn auch für sie Verbesserungen erzielt worden sind, nicht mit in den Tarif einbezogen werden konnten. Im übrigen erklärten sich alle mit den Abmachungen einverstanden. Der Tarifkommission sowie dem Kollegen Lange wurde der Dank ausgesprochen für die Lösung der schwierigen Aufgabe. Nachdem von der Kommission noch darauf hingewiesen wurde, daß die Fabrikanten auch versprochen haben, in Zukunft mehr wie bisher unseren Arbeitsnachweis zu benutzen, erfolgte bei der Abstimmung über die ganze Tarifvorlage im Interesse der Einheitslichkeit und unter Sinfassung besonderer Wünsche einstimmige Annahme.

Nachdem die Abstimmung vorüber war, erklärte Lange, daß er sich verpflichtet fühle, den ganzen Verlauf der Lohnbewegung nochmals zu streifen. Ein Lob gebühre der Arbeiterschaft, welche sich vertrauensvoll und bejahend dem Buchbinderverbande anvertraute. Mit Bedauern kennzeichnete er die klägliche Haltung derjenigen, welche sich durch versprochene Zulagen verleiten ließen, dieser Lohnbewegung mit erwartungslosem Schmunzeln tatenlos zuzuschauen. Er hofft, daß auch diesen, die Opfer verabsäumenden, sich ängstlich drückenden und trotzdem sich zum Einbeinigen der Erregungsschaften drängenden Außenstehenden baldigst klar würde, daß es eines rechtlich denkenden Menschen unwürdig sei, noch länger der Organisation, welche für alle arbeitet, fernzubleiben. Er zeigte an Weißfelsen, welchen Respekt sich die Gewerkschaft bei dem Unter-

*) Die Buchbinderbesitzer sowie die Inhaber aller anderen gewerblichen Betriebe werden in Norwegen Meister und ihre Organisationen Meistervereine genannt.

nehmertum errungen hat, und forderte auf, jederzeit dessen eingedenk zu sein, mehr als bisher für Neueinsteige zu sorgen, sowie Anstreife zu verhüten. Zum Schluß sprach Redner noch denen Dank aus, welche der Einheitslichkeit des Tarifes wegen auf Verbesserungen Verzicht geleistet haben. Er wünscht, daß die folgenden fünf Jahre den Beweis erbrächten, welchen Nutzen für die Gesamtheit planvolle und besonnene Vorarbeit und Ausdauer erzielen.

Kattowitz. Für den 21. September hatte die Zahlstellenleitung eine Versammlung aller im ober-schlesischen Industriegebiet beschäftigten Kollegen nach Beuthen einberufen, wozu auch der Bezirksleiter Bruns-Preslau erschienen war. Es galt zu erwägen, ob die Kollegenschaft in den nächsten Wochen Schritte zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung unternehmen soll.

Schon einmal, im Herbst des Jahres 1910, hatte die Kollegenschaft einen dahingehenden Versuch unternommen. An einer Unternehmerorganisation für unseren Bezirk fehlte es noch im höchsten Grade und der Bezirksverein der Buchdruckermeister hängt den Anschauungen der Buchdruckprinzipale in Rheinland und Westfalen an und lehnte damals den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Buchbinderverbande ab, weil man sich nicht noch mehr binden wolle, als es schon bei den Buchdruckern geschehen sei. So antwortete der Führer der Buchdruckereiseher, nachdem die Angelegenheit durch ihn nahezu ein halbes Jahr hingezogen wurde. Immerhin hatte die Bewegung damals infolgedessen einen Erfolg, als es gelang, mit der Firma „Kattolik“ in Beuthen einen Tarif abzuschließen. Zur Entscheidung über die Forderungen als auch über die Annahme oder Ablehnung der erhaltenen Zugeständnisse war die damals noch nicht organisierte Kollegenschaft des Betriebes nicht zusammengetreten. Deshalb brachte der Tarif auch zunächst keinen greifbaren Erfolg für sie. Nur ein Kollege erhielt eine besondere Zulage, während die anderen Kollegen mit ihren Anträgen auf Lohnerhöhung unter Bezugnahme auf den mit dem Verbands abgeschlossenen Tarif abgewiesen wurden. Ein wiederholtes Ergehen der Kollegen konnte jedoch die Geschäftsleitung nicht auf die Dauer widerstehen. So wurde mit der Einführung der Affordarbeit die Leistungsfähigkeit des Personals und die Berechtigung der Forderungen auf Lohnerhöhung zu prüfen gesucht. Nach dem Tarifvertrage war die Firma gehalten, die Affordarbeiten nach den Bestimmungen des Dreifädertarifs zu bezahlen. Das hinderte sie jedoch nicht, die Preise fortgesetzt herabzusetzen, weil eben die Kollegen „zuviel“ verdienen. Nun beriefen sich aber die Kollegen auf den Tarifvertrag, dessen Erfüllung verlangend. Aber auch dieser Anspruch wurde von der Firma nicht anerkannt. Man sagte den Kollegen: Ihr seid ja gar nicht Mitglieder der Arbeitnehmerorganisation, die mit uns den Vertrag geschlossen hat. Das gab den Kollegen Veranlassung, ihren Beitritt zum Verbands zu vollziehen. So wurde im Juni vorigen Jahres die Beuthener Kollegenschaft gewonnen. Sie bildeten jetzt das treibende Element in der Zahlstelle Kattowitz. Veranlassung hierzu gab schließlich auch der Umstand, daß der mit der Firma „Kattolik“ abgeschlossene Tarif Ende des Jahres abläuft, wenn er rechtzeitig gekündigt wird. Das haben die Kollegen nun nicht verpaßt, sondern auch sonst schon gut vorgearbeitet, so daß dem Bezirksleiter in diesem Falle nur die Ausführung der bereits gestakten Weisung zufällt. Die Versammlung beschloß nun die Kündigung des Tarifs im „Kattolik“ und sprach sich auch dahin aus, daß die Bewegung nicht nur auf Beuthen beschränkt, sondern die Kollegenschaft im ganzen Industriegebiet dafür interessiert werden soll. Dieser Beschluß bedingt nach die Erledigung eines gehörigen Ständes Organisationsarbeit. Sie zu vollbringen, wird den Kollegen möglich sein, wenn sie mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit gehen, denn das Zeug dazu haben sie in sich. Hoffen wir, daß ihre Arbeit von gutem Erfolge begleitet ist, dann wird auch der Verlauf der Lohnbewegung ein anderer sein als wie vor drei Jahren.

Potsdam-Rupawes. Am 20. September hatten sich unsere Kollegen und Kolleginnen zahlreich zu einer Versammlung eingefunden, um Stellung zu den Antworten der Arbeitgeber auf unsere Forderungen zu nehmen. Der Gauobermächteste Lemmer-Berlin war ebenfalls erschienen. Unsere Forderungen sehen im wesentlichen eine Erhöhung des Minimallohnes auf 26 Mk. vor, außerdem sollten einige Positionen im Affordtarif unserer Kolleginnen einer Aufbesserung unterworfen werden. Die Firma Bonneh u. Hochfeld hat ohne weiteres den Tarifentwurf unterschrieben und tritt er damit am 1. Oktober dort in Kraft. Die Verhandlungen mit der Buchdruckerei Stein erzielten ebenfalls annehmbare Resultate, so daß der Friede auch hier gesichert ist. Die Firma A. B. Gays Erben bemerkt in dem Antwortschreiben, daß sie ihren Gehilfen bereits den ge-

forderten Lohn zahlt und bittet, von dem Abschluß eines Tarifes Abstand zu nehmen. Die Firmen Jumburg u. Lesson, Neubabelsberg, und Vereinsdruckerei Potsdam kommen für unsere Lohnbewegung nicht direkt in Betracht, da dieselben dem Dreifädertarif angegliedert sind. Durch die „Allgemeinen Bestimmungen“ tritt zum 1. Oktober eine Lohnerhöhung ein, so daß der Minimallohn 25 und 26 Mk. beträgt und für weibliche 13,50 Mk. und 15 Mk.

Konnten uns die bisher gesagten Resultate einigermaßen befriedigen, so können wir daselbe von der Antwort der „Freien Vereinigung“ nicht konstatieren. Bei der Kündigung des Tarifes hatten wir unsere Geneigtheit zum Abschluß eines neuen Tarifes betont und auch die „Freie Vereinigung“ war bereit, in ein neues Tarifverhältnis mit uns zu treten. Große Enttäuschung aber griff bei den Versammelten Platz, als bekannt wurde, daß die „Freie Vereinigung“ mit Rücksicht auf ihre schlechte finanzielle Lage nur den Tarif unter den alten Bedingungen — 24 Mk. Lohn — auf weitere 3 Jahre abschließen wollte. Also nicht einen Pfennig Lohnerhöhung, nicht eine Minute Arbeitszeitverkürzung. Der Standpunkt der Vereinigung ist unbegrifflich, wenn man bedenkt, daß eine größere Anzahl ihrer Mitglieder bereits den geforderten Lohn zahlt und doch diese Mitglieder ein Interesse daran hätten, durch einen Tarifabschluß die Schmutzkonkurrenz zu bezeugen.

In der Diskussion gaben unsere Kollegen zu erkennen, daß sie auf keinen Fall das „Zugeständnis“ der Freien Vereinigung annehmen, daß sie vielmehr alle Schritte tun werden, um ihr Ziel zu erreichen. Nach Ausführungen einzelner Arbeitergeher rechnen diese mit einer Arbeitseinstellung, die sie ruhig an sich herantraten lassen wollen. Andere erkennen wohl die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter an, jammeren aber über die niedrigen Leistungen ihrer Gehilfen, die sie doch selbst als Lehrlinge ausgebildet haben. Folgende Resolution wurde nach lebhafter Debatte einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Antworten der Arbeitgeber und erklärt sich mit den Zugeständnissen einverstanden. Sie kann aber nicht den Standpunkt der Arbeitgeber teilen, die der Freien Vereinigung angeblich und beauftragt die Ortsverwaltung, weitere geeignete Schritte einzuleiten.“

An alle Kollegen und Kolleginnen aber richten wir die Mahnung, auf der Hut zu sein und jedem Auf der Ortsverwaltung unbedingt Folge zu leisten.

Hamburg-Altona. Am 16. und 17. September fand im Gewerkschaftshaus eine Ausstellung über: „Die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie“ statt. Die Ausstellung wurde von circa 350 Personen besucht; angesichts des Zweckes, Aufklärung über die Beschäftigung an Maschinen, namentlich ganz junger weiblicher Personen zu schaffen, eine viel zu geringe Zahl. In der am 16. September stattgefundenen Versammlung sprach Bürgermeister Berlin über: „Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie“. Der Referent schilderte kurz die Entstehung der Unfallgefahr und das rasche Eindringen der Maschine in unseren Beruf. Nicht genug damit, daß dadurch eine große Anzahl männlicher Arbeitskräfte überflüssig wird, versucht das Unternehmertum, möglichst billige Arbeitskräfte — und das sind vor allen Dingen ganz jugendliche Arbeiterinnen — an diesen Maschinen zu beschäftigen. Dadurch werden dann diese furchtbaren Unfälle, wie sie uns die Ausstellung vor Augen führte, hervorgerufen. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, mehr als bisher das Augenmerk darauf zu richten, wie die Unfallgefahren zu beschränken seien.

Müller und Stobb führten Fälle an, wie auch hier in Hamburg von den Unternehmern vielfach gegen die Unfallgefahren verstoßen werde. Namentlich in der Kartonnagenindustrie, auf die wir wegen ungenügenden Organisationsverhältnisses wenig Einfluß haben, werden die jugendlichen Arbeiterinnen in geradezu struppeloser Weise an den gefährlichsten Maschinen beschäftigt und ausgebeutet. Milderung könne nur geschaffen werden, wenn sich alle Berufsangehörigen der Organisation anschließen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegin Hermine Specht in der üblichen Weise geehrt. Weiter teilte Mitglieder mit, daß mit der Hilfe auf dem Bureau Kollege Engel betraut worden sei.

Berlin. Linierebranche. Nach der üblichen Sommerpause fand am 18. September unsere leider nur mäßig besuchte Versammlung statt. Man hätte erwarten dürfen, daß alle Betriebe vertreten waren, aber auch dies war nicht der Fall. Ein Referat des Kollegen Gerber über: „Die Reichsversicherungsordnung“ fand gute Aufnahme. Speziell verweist Redner auf die bevorstehenden Vertreterwahlen und forderte zur allseitigen Beteiligung der Wahlberechtigten auf.

Lenjer gab sodann einen kurzen Situationsbericht. Er prüfte die große Arbeitslosigkeit unter den Liniern und das Ueberhandnehmen der Lehrlingsausbildung und kam zu dem Schluß, daß es mehr denn je notwendig sei, sich um die Organisation zu kümmern. Jeder müsse an allen Verbandsangelegenheiten Anteil nehmen. Die Diskussion bewegte sich im gleichen Rahmen. Auf eine Anregung bezüglich einer abgukalkulierten Linierekonferenz gab Lenjer befriedigende Auskunft, indem er sich auf die zurzeit im Umlauf befindlichen Fragebogen der Geschäftsbuchbranche berief. Festgestellt wurde noch, daß gegenwärtig bei einer Beschäftigung von 30 Gehilfen circa 15 Lehrlinge ausgebildet werden, was die schärfste Kritik herausfordert. Gegen einzelne Firmen, welche diese Lehrlingszucht besonders betreiben, sollen geeignete Schritte unternommen werden. Lenjer schloß mit der Aufforderung, für besseren Besuch der späteren Versammlungen zu sorgen.

Düren. Der große christliche graphische Zentralverband hat in Düren ein Sekretariat für die Papierarbeiter errichtet. So verhandelt er großspurig in den Dürener Lokalblättern. Nach der Notiz sollen nahezu 1000 Papierarbeiter und -arbeiterinnen diesem Verbands angegeschlossen sein, eine Zahl, die in den nächsten Monaten durch die Tätigkeit des Sekretariats schnell überhöht sein wird, da rund 5000 Personen in den Dürener Papierfabriken beschäftigt sind. Wenn die angegebenen Zahlen richtig sind, hätte der Verband ja schon den fünften Teil der Arbeiterschaft unter seine Fittiche gebracht. Aber es scheint uns denn doch, daß der graphische Zentralverband etwas sehr stark nach oben abgerundet hätte, eine Sache, die er bekanntlich aus dem ff versteht. Seine Redereien muß man darum mit großer Vorsicht aufnehmen. Mit folgeschwerster Brust verkündet er, daß er in errier Linie danach streben wird, der Arbeiterschaft einen größeren Anteil an dem Ertrage der Produktion zu verschaffen, denn auf diesem Gebiete habe er schon ganz ansehnliche Erfolge erzielen können; wobei uns seine Erfolge in Avelaer der „Beite“ Beweis zu sein scheinen. Bis der graphische Zentralverband in Düren einmal so weit sein wird, daß er mit den Schatzmächtern der Papierindustrie ein Tänzchen wagen kann, wird er voraussichtlich noch mandmal — nach oben abrunden müssen, denn mit Ruhmredereien ist es da jedenfalls nicht getan; das ganze ist nichts als Gesunkter, berechnet auf Mitgliederzanz. Auch die Motive, die zur Gründung des Sekretariats führten, sind charakteristisch. Heißt es doch: „Die Sozialdemokratie hat bis heute in diesen Kreisen noch keinen Eingang gefunden; sie wird es aber zweifellos, wenn nicht rechtzeitig durch eine großartige Aufklärungsarbeit vorgebaut wird.“ Also die Angst vor der freien Arbeiterbewegung ist es, die ihn zu seiner Anstrengung treibt und ihn zu einer unbedachten Selbstkritik der von ihm so gepredigten Neutralität verleitet. Die † Freien sind zwar noch nicht da, aber — sie kommen und dem muß vorgebeugt werden. Nicht das Bedürfnis, Unzulänglichkeit der Arbeitsbedingungen in das Leitmotiv, sondern politische Gründe zwingen den „neutralen“ graphischen Zentralverband zu seinem Vorgehen. Gewiß, auch religiöse Gründe spielen mit, denn die Person des angeestellten Sekretärs, Herr B. Meisenberg aus Werfen, bürgt dafür, daß die Fühlung mit den konfessionellen Vereinen nicht verloren geht; bürgt auch dafür, daß die Arbeiterschaft nicht ins rabulöse Rahwasser kommt“. Recht so, das ist natürlich auch die Hauptsache für eine neutrale Organisation, daß man hübsch „Fühlung“ behält mit dem katholischen Volksverein (lies: Zentrumsverein), dem katholischen Arbeiterverein, dem katholischen Mütterverein und vielleicht auch mit der katholischen Jungfrauenkongregation. Was ist der große Haufen, aus dem sich alle zusammen die Mitglieder gegenständig zutreiben, wobei denn auch die religiöse Neutralität wahre Orgien feiern kann. Kirche, Zentrum und Ausbeuter im Dürener Gebiet gehen guten Tagen entgegen, denn das Christliche Sekretariat sorgt dafür, daß kein Arbeiter „radikal“ wird und etwa nach Avelaer Vorbild sich einen größeren Anteil am Arbeitsertrag durch Arbeitsverweigerung — der Himmel bewahre uns davor — entrotzt.

Also im Dürener Gebiet hat der graphische Zentralverband nahezu 1000 Mitglieder, alles Papierarbeiter selbstverständlich. Hier liegt sein Hauptfeld und die einzige Möglichkeit, noch einige Ausdehnung zu erfahren. Auch in einigen anderen Gegenden stellt diese Arbeiterkategorie einen wesentlichen Teil zum Mitgliederbestand. Somit aber und in der eigentlichen graphischen Branche, die dem Verbands ja erst seinen Titel gab, ist und bleibt er bedeutungslos und sein großtönender Name wird immer mehr zur Karikatur.

ANZEIGEN

Per sofort gesucht
tüchtiger Etuisarbeiter
auf Besteckkästen und Etuis. Gebrüder
Waurisch, Hamburg 1, Breitestr. 14.

**Mehrere tüchtige
Etuisarbeiter,**
möglichst auf Massenfabrikation von
Etuis für Bürsten- und Nagelstiegegar-
nituren eingerichtet, auch solche, welche
sich darauf einrichten wollen, sofort in
dauernde, gutlohnende Stellung gesucht.
Hessevergütung nach Uebereinkunft. An-
gebote sind schriftlich an die Expedition
dies. Blattes unt. G. 3. 369 einzureichen.

Tüchtiger Linierer
auf Förste & Tromm-Maschine bei guter
Bezahlung von erster Geschäftsbücher-
fabrik auf dauernde Stellung gesucht.
Offerten mit Zeugnissen zu richten an
Chiffre G. M. 56 an die Expedition
des Blattes.

Eine neue **Silber-Etuis-Fabrik** bittet
Beschlüge-Fabriken um Einleitung von
Preis- und Musterofferten, um den Bedarf
von Beschlägen und Federlösgchen decken zu
können. Adr.: Kaminski & Miodu-
szewski, Warschau, Leszno No. 94.

Werkzeug-Klement
Leipzig, Seeburgstr. 36
hält seine Erzeugnisse bestens empfohlen.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 19. Oktober, im großen Saale der „Neuen Welt“,
Hasenheide 108-114, zur Feier des

:: 30. Stiftungsfestes ::

großes Konzert, Gesang, Rezitation.

Mitwirkende: Berliner Tonkünstler-Orchester (Dirigent: Musikdirektor Fris Blume),
Opern- und Konzertsängerin Margarete Blume (von der Kurfürsteneroper), Herr Fris
Richard, Rezitator (vom Deutschen Theater).

Nach dem Konzert: **Großer Ball** bei gutbesetztem Orchester.

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billetts im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf.

Programm am Eingang gratis.

Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Während der Aufführungen bleiben
die Saaltüren geschlossen. Rauchen nicht gestattet.

Billetts sind in unserem Bureau, Engelufer 15 II, sowie in allen Zahlstellen und bei
den Werkstattvertrauenspersonen zu haben.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

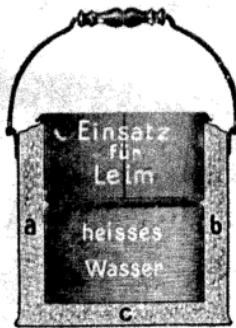
Die Ortsverwaltung.

Patent - Demo - Leimbehälter

hält den Leim lange Zeit hindurch gebrauchsfertig.

Tausende Apparate in **im Gebrauch!**
Buchbindereien etc.

Jede
Feuersgefahr,
Anbrennen
des Leims etc.
wird bei Benutzung
der
Demo-Leimbehälter
vermieden.



Viele
glänzende
Gutachten
von Fachleuten
liegen vor.
**Außerst
widerstands-
fähig
und haltbar.**

Neue Ausführung. Innenteile aus verzinnem Messing,
das eigentliche Leimgefäß aus Kupfer!

Thermos-Aktiengesellschaft, Berlin W. 85.

**Geschichte des Deutschen Buchbinder-
Verbandes und seiner Vorläufer ::**

Preis für Mitglieder: für Nichtmitglieder:
1. Band 2,30 Mf. 1. Band 3,30 Mf.
2. Band 2,50 Mf. 2. Band 4,50 Mf.

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geld-
sendungen sind nur an C. Haueisen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I,
zu richten.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen a. Rh.

1888 25 1913

Am Sonntag, den 5. Oktober
findet im Casino-Saale, Mannheim R. 1, I, unser

25. Stiftungs-Fest

verbunden mit **Konzert und Ball** statt,
unter gütiger Mitwirkung von Mitgliedern vom hiesigen Hof- und
Nationaltheater sowie der ersten Mannheimer Mandolinen-Kapelle.
Wir laden dazu unsere Mitglieder wie auch die der umliegenden Gane
und Zahlstellen herzlich ein.

Am Vorabend, **Samstag, den 4. Oktober**, findet eine **Festversammlung**
zu Ehren unserer Jubilare im Vereinslokal S. 4, 7, Restaurant zur Verg-
straße, statt.

Zu dem 25 jährigen Verbandsjubiläum bringen die Kolleginnen und
Kollegen der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen ihren Jubilaren
Wolfgang Wagner, F. W. Schmidt, Friedrich Schrimpff
die herzlichsten Glückwünsche entgegen.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

In unmittelbarer Nähe einer Gemeinde-
Schule und Rathaus ist ein

Kleiner Laden,

passend für Buchbinder, Schreibwaren
u. s. w. zu vermieten. Miete 700,- Mf.
Mahlendorf, Spandau, Breitestr. 63.

In Leipzig gutes, altes **Papier-,
Schreibwaren-, Zigarren-Geschäft**,
vortreffliche Lage (Ede), veränderungs-
halber sehr günstig zu verkaufen. Jahres-
umsatz nachweislich 5-6000 Mf., Preis
zirka 2200 Mf., erforderl. 1200 Mf. Diff.
unter J. A. Leipzig, Postamt 8.

Inserate finden nur
Aufnahme
wenn ihnen der Betrag
beigefügt ist.



Lieferung ganzer Einrichtungen
für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig